

Antragsbereich A / Antrag 4/III/2023

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Unterbezirksparteirat

Landesparteitag Bezirksparteitag

4/III/2023: Wachstum, Wachstum tralala, Wirtschaft ist nicht zum Wachsen da!

1 Viele wirtschaftspolitische Debatten in der Bundesrepublik – und auch in der
2 SPD und bei den Jusos – drehen sich um die Frage nach Wachstum. Gerade im
3 Zusammenhang mit der sozial-ökologischen Transformation ist außerdem eine
4 neue Position prominent geworden, die unter dem Begriff “Degrowth” eine
5 Schrumpfung der Wirtschaft fordert, um planetare Grenzen einzuhalten und das
6 Wirtschaften umweltverträglich zu machen. Mit diesem Antrag wollen wir die
7 Grundlage für eine klare Haltung zum Thema Wachstum schaffen und damit die
8 Debatte konstruktiv weiterbringen. Diese Position bezieht sich auf die aktuell
9 stattfindende Debatte um die sozial-ökologische Transformation, die sich vor
10 allem im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems abspielt.

11

12 Über welches Wachstum reden wir?

13

14 Wenn heute über Wachstum gesprochen wird – egal ob Pro- oder De-Growth
15 – dann geht es meistens um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Größe. Verän-
16 derungen im inflationsbereinigten Bruttoinlandsprodukt werden bei positiver
17 Entwicklung als Wachstum bezeichnet. Dabei ist das Bruttoinlandsprodukt aus
18 vielerlei Hinsicht die falsche Metrik: Wenn beispielsweise ein Hauseigentümer
19 sein Haus an eine andere Person verkauft, die das Haus wiederum an den
20 ursprünglichen Eigentümer vermietet, ist zwar das Bruttoinlandsprodukt gestie-
21 gen, es hat sich aber qualitativ nichts verändert. Das BIP gibt außerdem keine
22 Aussage darüber, in welchen Branchen Wachstum stattgefunden hat. Gerade die
23 große Menge überwiegend von FINTA*-Personen (Frauen, Inter, nicht-binäre und
24 Trans Personen) geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit würde beispielsweise
25 ein enormes Wirtschaftswachstum generieren, wenn sie politisch gewollt pro-
26 fessionalisiert werden würde. Die Auswirkungen auf die Erderwärmung wären
27 dabei enorm überschaubar.

28

29 Wirtschaftswachstum - we don't care

30

31 Unsere Forderung ist es, eine agnostische Haltung gegenüber wirtschaftlichem
32 Wachstum im Sinne einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts einzunehmen.
33 Wachstum per se ist kein sozialistisches oder sozialdemokratisches Ziel, da alleine
34 mehr erfasste Güter und Dienstleistungen nicht automatisch zu mehr Wohlstand

35 führen. Insbesondere in den letzten Jahrzehnten ist die Vermögensungleichheit
36 bei wachsender Wirtschaft stetig größer geworden. Statt auf Wachstum, soll
37 Wohlstand für alle in den Fokus rücken. Aktiv für oder gegen Wachstum zu
38 arbeiten, ist jeweils für sich auf unterschiedliche Weise problematisch. In den
39 letzten 200 Jahren haben wir durch Steigerung von Produktion und Ressour-
40 ceneinsatz ein hohes Wohlstandsniveau in den Volkswirtschaften des globalen
41 Nordens geschaffen. Dies ging jedoch mit einer enormen Ausbeutung von
42 Mensch und Natur, insbesondere im globalen Süden einher. Eine Fortführung
43 dieser Entwicklung – umso mehr in der zunehmenden Geschwindigkeit – ist
44 nicht innerhalb der planetaren Grenzen darstellbar. Wirtschaftspolitik muss sich
45 daher zukünftig an anderen Zielen und nicht mehr an einer Steigerung des BIP
46 ausrichten: Viel entscheidender als zu messen und vorzugeben, wie hoch der
47 Gesamtwert aller Tauschgeschäfte in einer Volkswirtschaft war oder sein soll,
48 ist es, qualitative Aspekte wie die Zusammensetzung der Wirtschaftsleistung
49 und andere quantitative Aspekte wie den Grad der Dekarbonisierung oder die
50 ökonomische Gerechtigkeit in den Blick zu nehmen und als Ziele zu verfolgen.
51 Dabei spielt vor allem auch der individuell wahrnehmbare Wohlstand und seine
52 Mehrung eine Rolle. Hierfür muss auf bestehende Messgrößen zurückgegriffen
53 werden und es müssen zudem neue Messgrößen entwickelt werden. Wir nehmen
54 in der wirtschaftspolitischen Debatte aktuell vor allem zwei Positionen wahr. Auf
55 der einen Seite das Dogma des ständigen Wachstums und demgegenüber die
56 Forderung nach einem Ende des Wachstums und sogar eine Rückentwicklung der
57 Wirtschaft. Beide Positionen lehnen wir klar ab.

58

59 **Vom aktuellen Wachstum profitiert nur das Kapital**

60

61 Das Dogma des ständigen Wachstums argumentiert, dass sich durch ständiges
62 Wirtschaftswachstum der Wohlstand einer Volkswirtschaft vergrößern würde.
63 Während es zutreffend ist, dass es eine Bedingung für den Kapitalismus ist, sich
64 auszudehnen und zu expandieren, um die Interessen des Kapitals zu befriedigen,
65 ist empirisch nicht von der Hand zu weisen, dass sich in den vergangenen Jahren
66 trotz kontinuierlichem Wirtschaftswachstum die Einkommens- und Vermögens-
67 verteilung nicht verbessert sondern verschlechtert hat. Kurz: Von Wachstum
68 profitieren aktuell also nicht in erster Linie diejenigen, die das Wachstum erwirt-
69 schaften, sondern vor allem diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen
70 und sich die Arbeitskraft anderer aneignen. Auch das Argument, dass sich nur
71 durch eine wachsende Volkswirtschaft – gemessen am Bruttoinlandsprodukt
72 – das System sozialer Sicherung finanzieren ließen, ist nicht zu halten. Die
73 Frage des Sozialstaats ist keine Frage des Geldes, sondern eine Frage von real
74 verfügbaren Ressourcen. Würde das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr steigen,
75 so müsste man allerdings den Anteil der Ressourcen quantitativ erhöhen, der
76 Menschen in sozialen Berufen und Arbeitslosen zufließt oder aber die Qualität
77 der Ressourcen steigern, damit Menschen in sozialen Berufen und Arbeitslose

78 keine Wohlstandsverluste erleiden, wenn dieser absolut erhöht werden soll.
79 Weiterhin wird argumentiert, dass in einer wachsenden und expandierenden
80 Wirtschaft quasi automatisch neue Arbeitsplätze entstehen würden und für
81 das Ziel der Vollbeschäftigung daher kontinuierliches Wachstum nötig sei. Doch
82 auch dieses Argument lässt sich widerlegen: Weil die Produktivität einzelner
83 Arbeitskräfte pro Zeiteinheit z.B. durch technologischen Fortschritt aber auch
84 durch Qualifizierung stetig steigt, ist ein Anstieg der Produktivität und damit
85 Wirtschaftswachstum möglich, ohne dass dies zu mehr Beschäftigung führt.

86

87 **De-Growth schadet denen, die arbeiten!**

88

89 Die gegenteilige Perspektive ist diejenige, die zuletzt besonders durch Ulrike
90 Herrmanns Buch "Vom Ende des Kapitalismus" stark gemacht wurde. Aufgrund
91 der harten planetaren Grenzen sei es nicht mehr möglich, im heutigen Umfang zu
92 produzieren. Daraus resultiere die Notwendigkeit einer Deindustrialisierung und
93 einer Schrumpfung der Wirtschaft, da wir über unsere Verhältnisse produzierten.
94 Während es richtig und wichtig ist, planetare Grenzen als Fragestellung in die
95 wirtschaftliche Debatte einzubeziehen, wäre diese Antwort mit einem massiven
96 Verlust an materiellem Wohlstand und sinnstiftender Erwerbsarbeit verbunden,
97 zwei zentralen Säulen unserer Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft.
98 Wir dürfen daher nichts unversucht lassen, um eine Deindustrialisierung trotz
99 Einhaltung der planetaren Kapazitäten – sowohl in Bezug auf Emissionen als
100 auch in Bezug auf Ressourcenverbrauch – zu verhindern. Kurzfristig politisch
101 herbeigeführte Deindustrialisierung würde vor allem dazu führen, dass Arbeit-
102 nehmer*innen ihre Arbeitsplätze verlieren und damit nicht nur in existenzielle
103 Not geraten, sondern auch die Teilhabe an der Gesellschaft verlieren. Ganze
104 Regionen und Gebiete wären bedroht, das soziale Spaltungspotential ist enorm.

105

106 **Wohlstandsniveau halten ohne weiteres Wachstum innerhalb der planetaren** 107 **Grenzen: Wie soll das gehen?**

108

109 Das Ziel unserer wachstumsagnostischen Haltung ist der größtmögliche Wohl-
110 stand bei bestmöglicher Verteilung unter Einhaltung der planetaren Grenzen.
111 Dafür braucht es aus unserer Sicht drei konkrete Dinge:

112

113 1) Demokratische Entscheidung darüber, wofür Ressourcen und Emissionskapazi-
114 täten verwendet werden: Schaut man sich an, welche Einkommensgruppen für
115 welchen Anteil von Emissionen verantwortlich sind, dann stellen wir schnell fest,
116 dass es eine enorme Ungerechtigkeit in der Verursachung der Klimakrise gibt.
117 Wir wollen daher den Ressourcenverbrauch und die Zuteilung von Emissionen
118 demokratisch und nicht marktwirtschaftlich entscheiden: In vielen Bereichen –
119 Luxuskreuzfahrten, Privatjets und ähnliches – lassen sich ohne Wohlstandsge-
120 fährdung der Vielen massive Einsparungen vornehmen.

121

122 2) Aktive Transformation und Dekarbonisierung: Statt De-Growth braucht es
123 aktive Transformation. Durch aktives staatliches Handeln, hohe Investitionen
124 und klare Regularien ist es möglich, die Wirtschaft und auch die industrielle
125 Produktion zu dekarbonisieren. Die Potentiale für erneuerbare Energien sind
126 nicht ansatzweise ausgeschöpft, die technologischen Entwicklungen für emis-
127 sionsärmere und emissionsfreie Produktionstechniken stehen noch am Anfang.
128 Ansätze aus der Kreislaufwirtschaft und die Forderung nach einer Veränderung
129 von Produktionsverfahren hin zu einer Wiederverwendbarkeit von endlichen Roh-
130 stoffen ist nicht nur ökologisch sondern auch demokratisch geboten, wenn wir
131 uns nicht von rohstoffreichen, autokratischen Staaten erpressbar machen wollen.
132

133 3) Wir wollen die Kreislaufwirtschaft: Insbesondere für die Frage der Ressourcen
134 – Rohstoffe etc. – ist die Kreislaufwirtschaft viel diskutiertes und auch von uns
135 unterstütztes Ziel. Wir wollen diesen Weg einschlagen und die Industrie durch
136 ordnungsrechtliche Vorgaben zur Kreislaufwirtschaft verpflichten. Aber die Kreis-
137 laufwirtschaft allein wird dabei nicht der heilige Gral sein: Selbst bei enormen
138 technischen Fortschritt wird es notwendig sein, dem Wirtschaftskreislauf immer
139 auch neue Primärrohstoffe zuzuführen, deswegen muss die Regenerationsrate
140 von Primärrohstoffen in die demokratisierte Planung von Produktion integriert
141 werden. Deswegen ist es notwendig, dass dieser Aspekt gemeinsam mit den
142 beiden vorgenannten umgesetzt wird.

143

144 Die Verfolgung dieser Ziele kann sowohl zu einem positiven als auch zu einem
145 negativen Wirtschaftswachstum führen. Dies nehmen wir desinteressiert zur
146 Kenntnis, weil wir uns auf unsere anderen qualitativen Ziele konzentrieren und
147 diese ins Zentrum unserer Politik stellen.

148

149 **Produktivkraftsteigerung ja – aber nicht wegen Wachstum sondern als Mittel**
150 **zur Arbeitszeitverkürzung**

151

152 Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum – gerade
153 aus der marxistischen Theorie heraus – diskutiert wird ist die Frage nach der
154 Produktivkraft der Arbeitnehmer*innen und deren Steigerung. Dazu halten wir
155 folgendes fest: Es gibt viele gesellschaftliche Herausforderungen und Aufgaben,
156 die wir auch zukünftig nur mit menschlicher Arbeitskapazität lösen können, dies
157 gilt beispielsweise in der Pflege und der Bildung. Die Steigerung der Produktiv-
158 kraft der Arbeitnehmer*innen z.B. in der Industrie oder dem Dienstleistungssektor
159 kann hierfür Kapazitäten freisetzen. Auch Ingenieurleistungen, die für die Trans-
160 formation elementar notwendig sind, lassen sich nur mit menschlicher Arbeit
161 erledigen. Wir wollen die Produktivkraftsteigerung nutzen, um gesamtgesell-
162 schaftlich in der Lage zu sein, diese Probleme mit mehr Aufmerksamkeit und
163 Kapazität zu adressieren. Produktivkraftsteigerung ist also für uns grundsätzlich

164 positiv. Aber nicht, weil sie zu einer Steigerung des Wirtschaftswachstums führt,
165 sondern weil der Anstieg der Produktivität ein starkes Pfund in den Händen der
166 Arbeitnehmer*innen gegenüber denjenigen ist, die ihre Arbeitskraft ausnutzen.
167 Die Forderung lautet: weniger Arbeitszeit bei gleichem Lohn. Von der Steigerung
168 der Produktivkraft – die gleichzeitig mit Verdichtung und damit auch mit Belas-
169 tung der Beschäftigten einhergeht – sollten vor allem die Arbeitnehmer*innen
170 profitieren, dann ist sie für uns auch ein erstrebenswertes Ziel.

171

172 **(Nicht-)Wachstum international denken**

173

174 Der globale Norden hat in den letzten Jahrhunderten im Vergleich zum globalen
175 Süden einen enormen Wohlstandszugewinn erlebt. Die globale Ungerechtigkeit
176 ist dabei aber weiter enorm. Die oben bereits genannte Demokratisierung von
177 Ressourceneinsatz und Emmissionsausstößen muss nicht nur national oder in-
178 ternational innerhalb der EU sondern global erkämpft werden. Die Geschichte ist
179 voll von Ausbeutung des globalen Südens. Daher ist es nur folgerichtig, dass Wohl-
180 standssteigerungen in den kommenden Jahren mit Priorität im globalen Süden
181 angestrebt werden. Der Anspruch der Menschen im globalen Süden auf eine Er-
182 höhung ihres Wohlstands stellt für uns eine genauso harte Grenze für unseren ei-
183 genen Ressourcenverbrauch im globalen Norden dar, wie die planetaren Grenzen.
184 Eine materielle Wohlstandsmehrung im globalen Norden darf nur dann politisch
185 gewollt und umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die planetaren Grenzen einge-
186 halten werden und der materielle Wohlstand im globalen Süden wachsen kann.
187 Doch sobald ein hohes materielles Wohlstandsniveau auch dort erreicht wurde,
188 ist es folgerichtig wie für den globalen Norden auch für den globalen Süden un-
189 sere Sichtweise, dass andere Faktoren und Argumente in der Debatte mehr Ge-
190 wicht bekommen müssen und besser dazu geeignet sind, den Zustand von Volks-
191 wirtschaften zu beschreiben. Wirtschaftswachstum sollte unserer Meinung nach
192 generell nur angestrebt werden, solange diese Zielsetzung auch zu realen, quali-
193 tativen Verbesserungen führt. Wir erkennen an, dass diese Analyse zwar unserer
194 sozialistischen und internationalistischen Analyse entstammt, wir sie aber den-
195 noch aus der Sprecher*innenposition von Menschen aus einem ehemals kolonia-
196 lisierenden Staat heraus treffen. Deshalb und ganz generell maßen wir uns nicht
197 an, für die Länder des globalen Südens zu sprechen. Aufgabe unseres politischen
198 Handelns ist es, ausreichend große materiell-physikalische Spielräume offen zu
199 halten, innerhalb derer die Menschen im globalen Süden ihre eigenen politischen
200 Entscheidungen treffen können.